

Zur heute nachweisbaren
Einflussnahme
von SED und MfS

Die verführte Friedensbewegung

Udo Baron

22. Oktober 1983. Hunderttausende demonstrieren in Bonn, Hamburg, Stuttgart und anderen Städten der alten Bundesrepublik gegen die bevorstehende Stationierung von amerikanischen atomaren Mittelstreckenraketen vom Typ Pershing II und Cruise Missiles auf westdeutschem Boden. Unter der Bezeichnung „neue“ Friedensbewegung hatte sich, formell als Antwort auf den Doppelbeschluss der NATO vom 12. Dezember 1979, auf die sowjetische Überrüstung mit SS-20-Mittelstreckenraketen im Falle eines Scheiterns von Abrüstungsverhandlungen mit einer atomaren Nachrüstung zu reagieren, eine aus zahlreichen, sehr heterogenen Initiativen und Parteien zusammengesetzte Anti-Raketen-Bewegung formiert. Nach dem Scheitern der Genfer Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion steuerte dieser letzte große, auf der Systemauseinandersetzung zwischen Ost und West beruhende innenpolitische Konflikt Westdeutschlands im Herbst 1983 in Form zahlreicher Massenproteste ihrem Höhepunkt entgegen.

Heute, nach dem Ende des Kalten Krieges, ist Europa frei von atomaren Mittelstreckenraketen. Dennoch enthält der damalige Konflikt noch genügend Zündstoff für erhitzte Diskussionen. Vor allem die Frage nach dem Einfluss der Kommunisten auf die damalige Protestbewegung und dessen Nachwirkungen reißt immer wieder alte Wunden auf. Während die einen die Friedensbewegung aufgrund ihrer Zusammenarbeit mit Kommunisten

als „Transmissionsriemen“ der Sowjetunion betrachteten, sahen andere in dieser Kooperation ein Gebot der Stunde, um die Rüstungsspirale anzuhalten. Fragen nach Versuchen der kommunistischen Einflussnahme auf die Friedensbewegung standen zwar seit Beginn der achtziger Jahre im Raum. Trotz der später als korrekt beurteilten Indizienketten fehlten aber mangels Quellenlage die empirischen Beweisketten für die aufgestellten Behauptungen. Zwanzig Jahre nach dem „heißen Raketenherbst“ lohnt es sich aufgrund der nun zugänglichen Materialien aus den Beständen von SED und MfS, noch einmal den Blick auf die damaligen Ereignisse zu werfen.

Der „Kampf um den Frieden“

Zu Beginn der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts rückten die Rüstungskontrollverhandlungen und -vereinbarungen mit den USA die UdSSR in die von ihr seit langem angestrebte Rolle einer gleichberechtigten Supermacht. Der laufende KSZE-Prozess sollte diese Entwicklung abrunden und mithelfen, den sowjetischen Einfluss auf die ost- und mitteleuropäischen Staaten auch international zu legitimieren und die sowjetische Interpretation von Entspannungspolitik im Westen zu popularisieren. Die sowjetische Doktrin von der „friedlichen Koexistenz“, dessen „Friedenskampf“ gegen den Westen sich im Osten als Teil der Systemauseinandersetzung verstand, lieferte dafür den strategischen Rahmen. Während das strategische Nahziel dieses „Kampfes um den Frie-

den“ der Verhinderung konkreter Rüstungsprojekte des Westens galt, orientierten sich die Fernziele auf die Spaltung der transatlantischen Gemeinschaft bis hin zur Abkoppelung der USA von Europa.

Im Sinne einer Arbeitsteilung innerhalb der sozialistischen Staaten organisierte die 1968 unter der Bezeichnung „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) neu konstituierte „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD) diesen „Kampf um den Frieden“ in der Bundesrepublik. Um die avisierten Ziele zu erreichen, bedurfte es einer breit angelegten Bündnispolitik. Die DKP umgab sich deshalb mit einem Speckgürtel aus zahlreichen Nebenorganisationen wie der „Sozialistischen Deutschen Arbeiter Jugend“ (SDAJ) oder dem „Marxistischen Studentenbund Spartakus“ (MSB-Spartakus) sowie Tarnorganisationen wie der „Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschisten“ (VVN/BdA), der bereits 1960 gegründeten „Deutschen Friedens-Union“ (DFU), der „Vereinigung Demokratischer Juristen“ (VDJ), dem „Bund demokratischer Wissenschaftler“ (BdWi), der „Demokratischen Fraueninitiative“ (DFI), der „Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner“ (DFG-VK) oder der „Vereinigten Deutschen Studentenschaft“ (VDS). Mit ihrer Hilfe konnte die DKP ihren Einfluss weit über ihr ursprüngliches Wählerpotenzial hinaus steigern. Deren nicht allzu offensichtlicher kommunistischer Hintergrund führte aber dazu – ganz im Sinne der von der „Kommunistischen Internationale“ (Komintern) auf ihrem VII. Kongress 1935 formulierten Volksfrontstrategie –, dass bis weit ins bürgerliche Lager hinein auch christliche, liberale und pazifistische Bündnispartner gewonnen wurden. Um die daraus entstandenen Bündnisse nicht a priori als kommunistisch gelenkt erscheinen zu lassen, verzichteten die Marxisten-Leninisten bei diesen Kooperationen ebenso auf

die Besetzung von Schlüsselpositionen mit bekennenden Kommunisten wie auf eine offene kommunistische Rhetorik. Sie setzten vielmehr auf so genannte „abonnierte“ Friedensaktivisten, wie sie der Oldenburger Politikwissenschaftler Wolfgang Rudzio treffend charakterisierte. Dabei handelte es sich um Personen wie beispielsweise den Pastor Martin Niemöller, die Theologieprofessorin Uta Ranke-Heinemann oder dem heutigen SPD-Bundestagsabgeordneten und früheren Freidemokraten Christoph Strässer, die keiner kommunistischen Partei angehörten. Sie erschienen mit einem gewissen öffentlichen Ansehen ebenso wie mit (angeblich) besonderer moralischer oder fachlicher Kompetenz ausgestattet und verfügten über langjährige Kampagnenerfahrungen mit marxistisch-leninistischem Hintergrund, sei es als Initiatoren, als Redner auf Friedensveranstaltungen oder als Unterzeichner von Friedensappellen. Aufgrund ihrer vermeintlichen öffentlichen Reputation schienen sie dazu prädestiniert, ein breites Sympathisantfeld bis weit ins bürgerliche Lager hinein für die kommunistischen Interessen im „Friedenskampf“ zu schaffen. Ihre eigentlichen Ziele versteckten die orthodoxen Kommunisten aus taktischen Gründen hinter populären Forderungen, propagierten einen Minimalkonsens und konzentrierten sich auf die verdeckte Kontrolle solcher Zusammenschlüsse.

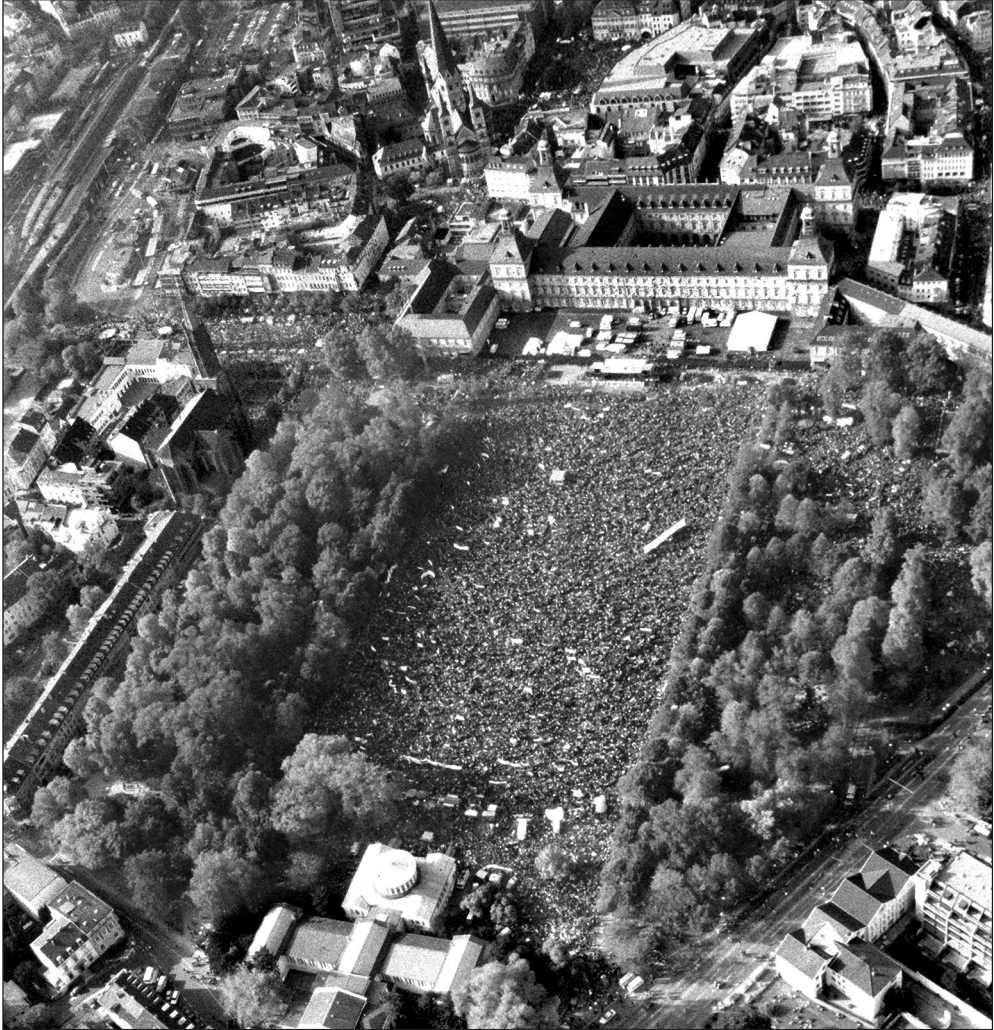
Das „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“

Vor diesem Hintergrund rückten im Verlauf der siebziger Jahre zwei neue kommunistisch beeinflusste Bündnisorganisationen in den Mittelpunkt des „Friedenskampfes“: das „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ (KOFAZ) und die „Krefelder Initiative“ (KI).

Gegründet am 7. Dezember 1974 in Bonn-Bad Godesberg, handelte es sich beim KOFAZ rechtlich um einen nicht

Luftbild des Bonner Hofgartens während der Großkundgebung am 22. Oktober 1983. Die Demonstration fand im Rahmen der von der Friedensbewegung initiierten „Aktionswoche“ gegen die Stationierung neuer NATO-Mittelstreckenraketen in Europa statt. Am selben Tag demonstrierten auch in Hamburg und Baden-Württemberg Tausende von Menschen.

© dpa, Fotograf: Popp



eingetragenen Verein. Es verfügte weder über eine ausformulierte Satzung noch über irgendwelche Beschlusskörper oder sonstige Kontrollorgane. Es fehlte ihm an jeglichen demokratischen Mechanismen zur Kontrolle der eigenen Funktionäre. Gleiches galt auch für die Überprüfung von Herkunft und Verwendung seiner finanziellen Mittel. Angeleitet durch ein

anfangs aus neun, ab 1982 dann aus sieben Mitgliedern bestehendes geschäftsführendes „Büro“, dem die planerische und organisatorische Vorbereitung von Friedensaktionen oblag, setzte sich sein Leitungsgremium formal aus Christen, Pazifisten, Liberalen und Sozialdemokraten wie Martin Niemöller, Christoph Strässer und den später als IM „Super“

enttarnten Professor Gerhard Kade zusammen.

Organisatorisch und finanziell profitierte die Arbeit des KOFAZ von der „brüderlichen“ Hilfe SED beziehungsweise DKP-naher Wirtschaftsunternehmen. Der Kölner Pahl-Rugenstein-Verlag stellte dem KOFAZ die Büroräume kostenlos zur Verfügung. Mit Achim Maske und Gunnar Matthiesen arbeiteten zudem die führenden KOFAZ-Funktionäre als Lektoren im Pahl-Rugenstein-Verlag. Beide waren von der SED eingesetzt und bezahlte „Berufsrevolutionäre“. Ihr offizielles Arbeitsverhältnis als Lektoren beim Pahl-Rugenstein-Verlag diente dazu, sie legal zu vergüten und ihre tatsächlichen Aufgaben gegenüber den westdeutschen Behörden und der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit zu verschleiern. Die zum Bereich Kommerzielle Koordinierung des DDR-Devisenbeschaffers Alexander Schalck-Golodkowski gehörende Druckerei Plambeck & Co. Druck und Verlag GmbH in Neuss, das Druckhaus des DKP-Organs *Unsere Zeit* (UZ), half mit günstigen Druckangeboten. Das „Pläne Konzertbüro“, dessen leitender Mitarbeiter Frickehaus DKP-Mitglied war, organisierte Veranstaltungen wie das Treffen „Künstler für den Frieden“ vom September 1982. Obwohl die Hauptakteure des KOFAZ mehrheitlich nicht der DKP angehörten, unterlagen sie aber aufgrund ihrer Mitgliedschaft in deren Bündnisorganisationen beziehungsweise ihrer Mitarbeit in deren Wirtschaftsunternehmen dem Einfluss dieser Partei.

Das KOFAZ verstand sich offiziell als eine Organisation zur Koordinierung gemeinsamer friedenspolitischer Aktivitäten zwischen Kommunisten und Nichtkommunisten. Hierzu gehörten vor allem Demonstrationen und Unterschriftenaktionen gegen die westliche Sicherheitspolitik. Seine wirklichen Aufgaben bestanden aber darin, den sowjetischen „Frie-

denkampf“ innerhalb der Bundesrepublik zu forcieren. Das KOFAZ sollte einerseits zur Popularisierung des sowjetischen Interpretation des Entspannungsprozesses in der Bundesrepublik beitragen und andererseits eine Massenbasis durch Massenaktionen gegen die USA und die NATO formieren. Innerhalb des Koordinierungsausschusses der Friedensbewegung repräsentierte es, unterstützt durch kommunistische Vorfeldorganisationen wie dem VVN-BdA, der „Bundesschülervertretung“ (BSV), der „Initiative Frauen in der Bundeswehr? Wir sagen Nein!“ (FBN), der „Vereinigten Studentenschaft“ (VDS) sowie der DFG-VK und der SDAJ die kommunistische Strömung. Obwohl die DKP nicht selbst im Koordinierungsausschuss vertreten war, verfügten die Kommunisten durch dieses KOFAZ-Spektrum über eine zahlenmäßige Mehrheit in dem zentralen Leitungsgremium der Friedensbewegung.

Die „Krefelder Initiative“

Mit dem NATO-Doppelbeschluss boten sich den orthodoxen Kommunisten ganz neue Perspektiven zur Forcierung ihres „Kampfes um den Frieden“. Neben der Verhinderung der Stationierung atomarer amerikanischer Mittelstreckenraketen spekulierten die Marxisten-Leninisten langfristig auf eine Herauslösung der Bundesrepublik aus der NATO. Um diese Ziele zu erreichen, bedurfte es allerdings neuer und erfolgreicherer Bündnisse als der bisherigen. Bereits Ende der siebziger Jahre war der damalige Leiter der Westkommission beim Politbüro des ZK der SED, Albert Norden, zu der Erkenntnis gekommen, „daß die BRD-Friedensbewegung Hilfe braucht“, weil sie „eine der schwächsten in ganz Westeuropa“ sei. Da die DKP bereits ausgelastet war, sollte diese „Hilfe“ in erster Linie über die DFU und das KOFAZ erfolgen.

Bereits Monate vor der offiziellen Entscheidung der NATO über ihren Doppel-

beschluss beherrschte dieser bevorstehende Schritt des westlichen Verteidigungsbündnisses und die möglichen Reaktionen der bundesrepublikanischen Protestbewegungen auf ihn die strategischen Überlegungen der SED und ihrer westdeutschen Verbündeten. Im Rahmen enger Konsultationen versuchten das zum sowjetisch gelenkten „Weltfriedensrat“ (WFR) gehörende nationale staatliche Friedenskomitee der DDR, der „Friedensrat der DDR“ (DFR), und die DFU einen Maßnahmenkatalog zur Mobilisierung der westdeutschen Öffentlichkeit zu entwickeln. Gehörte doch laut den Akten der SED die „Entfaltung einer breiten Massenkampagne gegen die Raketenbeschlüsse der NATO“ zu den „politisch-ideologischen Hauptaufgaben“ der kommunistisch beeinflussten internationalen Friedensinitiativen, um im Westen den Eindruck zu erwecken, der Westen und nicht der Osten strebten nach militärischer Überlegenheit.

Erste Schritte zur Mobilisierung der Massen sollten auf publizistischem Wege vorgenommen werden. In den Mittelpunkt dieser Kampagne rückte das von dem KOFAZ-Mitglied Gerhard Kade im Auftrag des „Instituts für Politik und Wirtschaft“ (IPW) vorgelegte Buch „Die Bedrohungslüge“. Um die Massen gegen den NATO-Doppelbeschluss zu mobilisieren, war es zwingend erforderlich, alle Argumente des Westens für seine Sicherheitspolitik öffentlichkeitswirksam abzuqualifizieren. Ließ sich doch nur so der von den Kommunisten angestrebte Minimalkonsens innerhalb der Friedensbewegung durchsetzen.

Massenbewegung als Ziel

Nach der Beschlussfassung der NATO intensivierten sich die Kontakte zwischen der DFU und den Warschauer-Pakt-Staaten. Bereits Anfang 1980 reiste eine hochrangige Delegation der DFU unter Leitung ihres Direktoriumsmitgliedes Lo-

renz Knorr zu einem Treffen mit dem „Sowjetischen Komitee zum Schutze des Friedens“ nach Moskau. Diesem Treffen schlossen sich zahlreiche Delegationsreisen der DFU in die DDR an, wobei vor allem der DFR als Hauptansprechpartner fungierte. Es galt, umgehend eine breite gesellschaftliche Massenbewegung gegen den NATO-Doppelbeschluss zu organisieren, die nach außen als demokratisch legitimiert erscheinen, nach innen aber fest in den Händen der westdeutschen Kommunisten und ihrer Bündnispartner sein musste.

Als Konsequenz aus ihren Gesprächen mit dem DFR beschloss die DFU auf der Sitzung ihres Bundesvorstandes am 13. September 1980 in Köln, am 15./16. November 1980 in Krefeld ein Forum über die Gefahr eines Atomkrieges zu veranstalten. Zugleich verabschiedete sie einen Appell unter der Überschrift „Der Atomtod bedroht uns alle – Ein Aufruf zum Gespräch“. Er enthielt bereits die strategische Zielsetzung, ein umfassendes Personenbündnis für den Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluss ins Leben zu rufen. Um in der Öffentlichkeit den Eindruck eines unabhängigen Aufrufes zu erwecken, wurde er kurz darauf, nahezu sprachlich und inhaltlich unverändert, als spontaner Appell einer Gruppe von Persönlichkeiten, bestehend aus Martin Niemöller, Professor Helmut Ridder, Christoph Strässer, dem Schriftsteller Gösta von Uexküll und dem DFU-Direktoriumsmitglied Josef Weber, in den im Hause Pahl-Rugenstein verlegten *Blättern für deutsche und internationale Politik* publiziert. Ein Blick auf die Biografien seiner angeblichen Verfasser lässt in ihnen unschwer die „abonnierten Unterstützer“ kommunistischer Bündnisorganisationen erkennen.

Wie weit jedoch die Entscheidung für dieses Forum zurückreicht, verdeutlicht ein Blick in die Geschäftsunterlagen des Seidenweberhauses in Krefeld, in dem

das „1. Krefelder Forum“ tagte. Obwohl offiziell erst auf ihrer Bundesvorstandssitzung vom 13. September 1980 der Termin und der Titel für die Gründungsveranstaltung der späteren KI festgelegt worden waren, hatte die DFU bereits im Frühjahr 1980 im Namen ihres Sekretärs des Präsidiums, Heinz Dreibrodt, den größten Saal des Seidenweberhauses und die dazugehörigen Foyers in Krefeld für diese Veranstaltung angemietet – und das schon unter dem (angeblich) erst am 13. September beschlossenen Veranstaltungstitel. Dadurch, dass der Mietvertrag später nicht mehr von der DFU als Organisation, sondern von Josef Weber als Privatperson unterzeichnet wurde, gelang es der DFU, nach außen nicht mehr als Veranstalter des „Krefelder Forums“ in Erscheinung zu treten. Deshalb konnte der DFR bereits im Juli 1980 ankündigen, dass die DFU „im September/Oktobre [...] gemeinsam mit anderen Friedensorganisationen eine Veranstaltungskampagne gegen die NATO-Raketen, für Abrüstung“ führen werde.

Im Vorfeld des „Krefelder Forums“ war es dem Organisator dieser Veranstaltung, Josef Weber, gelungen, den im Oktober 1980 als Kommandeur der 12. Panzerdivision zurückgetretenen Generalmajor Gert Bastian und die Grünen-Politikerin Petra Kelly, damals eine von drei Bundesvorsitzenden der Grünen, als Mitinitiatoren für das „Krefelder Forum“ zu gewinnen. Im Gegensatz zu früheren Personenbündnissen kommunistischer Prägung vermochte es die DFU mit Hilfe von Kelly und Bastian, eine Brücke zu der Ökologie- und Friedensbewegung beziehungsweise in das bürgerlich-konservativere Milieu hineinzubauen. Dadurch erhielt sie die Möglichkeit, erstmals auch Bevölkerungskreise außerhalb ihres Umfeldes mit ihren Anliegen zu erreichen.

Um die Räumlichkeiten des Seidenweberhauses in Krefeld ausschließlich für

das „Krefelder Forum“ zur Verfügung zu haben, verlegte die DFU bereits am 30. Oktober 1980 ihren dort für den 15./16. November vorgesehenen 9. Unionstag von Krefeld nach Duisburg – in die Stadt, die von Krefeld aus am schnellsten mit der S-Bahn zu erreichen ist. Diesen absolvierten die DFU-Delegierten in nur fünf Stunden. Somit konnten alle Delegierten unmittelbar im Anschluss daran zur Eröffnung des „Krefelder Forums“ nach Krefeld fahren.

Der „Krefelder Appell“

Am Abend des 15. November 1980 fand vor zirka 1000 geladenen Teilnehmern dann das „1. Krefelder Forum“ statt. Weber blieb es vorbehalten, den später als Minimalkonsens bezeichneten gemeinsamen Nenner (angeblich) aller Teilnehmer zu verkünden. Das „Krefelder Forum“ wählte ihn zum Sprecher der KI. Von da an fungierte er bis zu seinem Tode 1984 als ihr Geschäftsführer und avancierte zu ihrer Schlüsselfigur. Die Unterschriftenlisten für den „Krefelder Appell“ wie auch die anderen Aufrufe der KI liefen über sein Büro. Als Anlaufstation für alle Aktionen diente die Anschrift Webers in den Kölner Räumlichkeiten der Bundesgeschäftsstelle der DFU. Spenden und alle anderen finanziellen Angelegenheiten wurden über ein extra auf seinen Namen eingerichtetes Konto abgewickelt. Weber und seine beiden Nachfolger in diesem Amt, Christoph Strässer und Horst Trapp, hatten somit – und über sie die DKP und die SED – nicht nur den unmittelbaren Zugriff auf die Arbeitsabläufe der KI, sondern auch auf deren Finanzen und kontrollierte dadurch ihre Schlüsselbereiche.

Mit dem „Krefelder Forum“ hatte die SED über ihre westdeutschen Verbündeten den Grundstein gelegt, um auf die westdeutsche Friedensbewegung entscheidend einwirken zu können. Ohne dass ihre Kader nach außen hin als Ver-

anstalter auftraten, bestimmten sie seine Vorbereitungen und deren Ablauf so, wie sie später die Aktivitäten der KI beeinflussten. Als Kronzeuge hierfür dient ausgerechnet der DFR, der „Friedensrat der DDR“, der festhielt: „Die Initiative [für das ‚Krefelder Forum‘] ging von der DFU aus.“

Die Auswirkungen des „Friedenskampfes“

Der SED war es vor dem Hintergrund der Ost-West-Annäherung im Verlauf der siebziger Jahre gelungen, neben der offiziellen Entspannungspolitik unter der Bezeichnung „Friedenskampf“ eine „Nebenentspannungspolitik“ aufzubauen, die darauf ausgerichtet war, mit Hilfe eines weit verzweigten Netzwerkes von Bündnisorganisationen Einfluss auf die Außen-, Sicherheits-, Deutschland- und Menschenrechtspolitik der Bundesrepublik zu nehmen. Diese „Nebenentspannungspolitik“ steuerte zu Beginn der achtziger Jahre mit der Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluss auf ihren Höhe- und zugleich Endpunkt zu.

Die Strategie der Einheitssozialisten und ihrer westdeutschen Verbündeten war darauf ausgerichtet, Grundströmungen und Feindbilder der Friedensbewegung aufzugreifen, sie zu forcieren und zu versuchen, diese in ihrem Sinne zu instrumentalisieren. So förderten sie den Antiamerikanismus und trugen zur Popularisierung der Feindbilder USA und NATO bei. Sie setzten die Bundesrepublik dem permanenten Faschismusverdacht aus, um dadurch ihren antitotalitären Konsens zu sprengen und den demokratischen Antikommunismus in einen Anti-Antikommunismus zu verwandeln. Diese Einflussversuche dienten dazu, die Mehrheit der Friedensbewegung – und über sie die bundesrepublikanische Gesellschaft – zum einen für die staatliche Anerkennung der DDR und für die Außen- und Sicherheitspolitik der Länder

des real existierenden Sozialismus zu gewinnen und sie zum anderen gegen die USA und die NATO zu mobilisieren, um dadurch die transatlantischen Beziehungen zu destabilisieren.

Zwar gelang es der SED und ihren westdeutschen Verbündeten nicht, die bundesrepublikanische Friedensbewegung in einen monolithischen Block gegen den Westen zu verwandeln. Zu stark waren bereits der blockübergreifende Friedensansatz von Teilen dieser Bewegung und deren Kontakte zu den unabhängigen Bürgerrechtsbewegungen in der DDR und den anderen ost- und mitteleuropäischen Ländern, als dass sie sich für die Interessen der Marxisten-Leninisten hätten vorbehaltlos instrumentalisieren lassen.

Auch wenn die orthodoxen Kommunisten weder ihre Nah- noch ihre Fernziele erreichen konnten, so sind die Nachwirkungen ihrer Einflussnahme auf die westdeutsche Friedensbewegung auch zwanzig Jahre nach den Massendemonstrationen noch spürbar und teilweise reflexartig abrufbar, wie die Reaktionen der Friedensbewegung auf die politischen Ereignisse nach dem Ende des Kalten Krieges zeigen. Sei es bei den Auseinandersetzungen um die Out-of-Area-Einsätze der Bundeswehr, beispielsweise im ehemaligen Jugoslawien, oder der Ursachenforschung für die Terroranschläge vom 11. September 2001. Immer steht der Feind zuerst im Westen. Den USA und der NATO wird auch heute noch per se die Schuld an allen negativen Entwicklungen und Ereignissen auf dieser Welt gegeben. Wird der Westen selbst einmal zum Opfer, dann ist er aufgrund seiner Politik selbst schuld oder hat es gar selbst initiiert. Auch mehr als zehn Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges leidet die bundesrepublikanische Gesellschaft noch immer unter diesen Nachwirkungen des kommunistischen „Friedenskampfes“. Ein Ende scheint nicht in Sicht zu sein.